SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland: zur Bedeutung psychosozialer Einflußfaktoren

Reuband, Karl-Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Centaurus-Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Reuband, K.-H. (1992). Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland: zur Bedeutung psychosozialer Einflußfaktoren. *Soziale Probleme*, *3*(2), 211-219. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-247112

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland

Zur Bedeutung psychosozialer Einflußfaktoren

von Karl-Heinz Reuband

Zusammenfassung

Surveydaten für die alten und die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß die Furcht vor Kriminalität in den Ländern der ehemaligen DDR weiter verbreitet ist als in den alten Bundesländern. Diese Differenz war schon in den letzten Monaten vor der Vereinigung nachweisbar. Sie ist insbesondere in bezug auf die Delikte Einbruch zu Hause und Überfall auf der Straße ausgeprägt, sonst eher gering. Dieses Faktum ist insofern erstaunlich als die objektive Kriminalitätshäufigkeit dieser Verteilung der Furcht nicht entspricht. Verschiedene Erklärungen dieses Phänomens, wie z.B. durch massenmediale Effekte und als Begleiterscheinungen raschen und fundamentalen sozialen und politischen Wandels, werden diskutiert. Als besonders interessanter Befund kann gelten, daß die erhöhte und durch objektive Bedingungen kaum gerechtfertigte Kriminalitätsfurcht bisher noch nicht durch eine weitverbreitete Präferenz für eine law-and-order-Politik begleitet wird.

Abstract

Survey data from West and East German states have shown that fear of crime is more widespread in the former East German states than in former West Germany. This difference could already be confirmed in the final months before reunification. It is particularly marked for break-ins and street robbery and otherwise fairly low. The surprising element is that objective crime rates do not correspond to this distribution. Various explanations for this phenomenon are discussed, for example, the impact of the media or rapid and fundamental social and political changes. One particularly interesting finding was that this increased fear of crime, which is hardly justified by external conditions, has not yet been accompanied by any widespread preference for law-and-order policies.

1. Beunruhigung durch Kriminalität

Die Meldung klingt kurios und hat doch einen wahren Kern: "Immer mehr Menschen in den Ostländern greifen laut 'Berliner Kurier am Sonntag' zur Selbstwehr. Im ganzen Osten entstünden Bürgerwehren, die mit Gaspistolen, Schlagstöcken, scharfen Hunden oder Mistgabeln auf Verbrecherjagd gingen" (Kölner Stadtanzeiger vom 29.6.1992, S. 4). Wieviele Menschen sich in dieser Weise

verhalten oder sich in der Zukunft verhalten wollen, wissen wir nicht. Doch sicher ist: die Zahl der Bürger der ehemaligen DDR, die sich aus Angst vor Verbrechen mit Verteidigungswaffen versorgen, steigt stark an. Eine Welle der Verbrechensfurcht scheint das Land zu überrollen und zunehmend das Lebensgefühl und den Alltag zu bestimmen.

Repräsentative Umfragen, die in West- wie auch in Ostdeutschland durchgeführt wurden, belegen, daß die Angst vor Kriminalität im Osten zu einer der größten Sorgen avanciert ist und die Forderungen nach den politischen Prioritäten mit prägt. Bereits ein halbes Jahr vor der deutschen Vereinigung - aber natürlich zu einem Zeitpunkt, an dem die gesellschaftliche Ordnung der altern DDR schon in einem außerordentlich raschen Auflösungsprozeß begriffen war - bestimmten die Sorgen über steigende Kriminalität nachhaltig das Lebensgefühl in der DDR - und dies stärker als in den alten Bundesländern. "Was meinen Sie: Wird die Sicherheit der Bürger auf den Straßen und Plätzen durch Kriminalität bedroht oder nicht?" 56% der Befragten in den alten Bundesländern und 65% der Befragten der DDR gaben auf diese Frage im Mai/Juni 1990 ein Gefühl der Bedrohung an. Und weiter danach gefragt, ob die Bedrohung durch Kriminalität eher zu- oder abnehme, meinten 54% der Bürger im Westen und 65% der Bürger im Osten, sie nehme zu (IPOS 1992:74).

Entsprechend dieser unterschiedlichen Wahrnehmung der Gefahren, stuften mehr Ost- als Westdeutsche die Verbrechensbekämpfung als persönlich "sehr wichtig" ein: im Frühjahr/Sommer 1990 61% der Bundesbürger, aber 77% der DDR-Bürger (IPOS 1990:88). Seitdem hat sich die Verbrechensangst im Osten - mehr als im Westen - noch weiter verschärft (IPOS 1972:74). Zwischenzeitlich nahm sie sogar einen noch höheren Stellenwert als die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit ein (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.4.1992) - und dies bemerkenswerterweise zu einer Zeit, in der der weitere wirtschaftliche Niedergang in der ehemaligen DDR bereits sichtbar wurde, die Massenarbeitslosigkeit als Problem der Zukunft schon deutlich zu erkennen war.

2. Das Verhältnis von objektiver und subjektiver Bedrohung

2.1 Struktur der subjektiven Kriminalitätsbedrohung

Welche Art von Kriminalität in West und Ost am meisten gefürchtet wird, welche Maßnahmen man daraufhin wählt und welche Einstellungen damit einhergehen, wird in einer neueren repräsentativen Umfrage dokumentiert, die vom Institut für Demoskopie Allensbach im März 1992 durchgeführt wurde und die eine der wenigen Studien zu dieser Thematik darstellt.[1] "Kommt es in letzter Zeit öfter vor, daß Sie Angst vor etwas haben, was auf dieser Liste steht?" wurden jeweils rund 1000 Bürger in den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gefragt.

Angeknüpft wird mit dieser Frage an eine Formulierung, die in den alten Bundesländern bereits mehrfach eingesetzt worden ist und dort Vergleiche über Zeit

ermöglicht (vgl. Reuband 1992c). Auf der Liste, die den Befragten auf die Frage hin vorgelegt wurde, sind unterschiedliche Situationen vorgegeben, die Angst auslösen können - von kriminellen Delikten, über Ereignisse in der unmittelbaren Umwelt (Freunde, Familie) bis hin zu staatlichen Eingriffen und Unglück. Besonders differenziert aufgeführt sind die kriminellen Delikte, und allein diese sollen uns an dieser Stelle interessieren.[2]

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, ist - im Rahmen der vorgegebenen Deliktliste - in der ehemaligen DDR die Angst vor dem Einbruch zu Hause oder dem Überfall auf der Straße besonders groß. Bei diesen Delikten - sowie in der Angst, unterwegs bestohlen zu werden - treten die größten Unterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West auf. Bei den übrigen Delikten sind die Unterschiede weniger spektakulär.

Tabelle 1: *Kriminalitätsfurcht in West- und Ostdeutschland im März 1992 (in %)*

	West	Ost
Daß bei mir zu Hause eingebrochen wird	43	68
Daß das Auto aufgebrochen wird	31	47
Daß ich unterwegs bestohlen werde	29	51
Daß ich beim Einkaufen betrogen werde	16	29
Daß ich überfallen und beraubt werde	38	60
Daß man mir nachstellt, mich umbringen will	9	12
Daß ich am Arbeitsplatz bestohlen werde	4	5
Vor Sittlichkeitsverbrechern	22	28
Daß ich von einem Betrüger um meine Ersparnisse gebracht werde	13	28
Daß jemand mein Haus, meine Wohnung anzündet	12	15
Daß man mir während eines Auslandsaufenthaltes etwas stiehlt	23	23

FRAGEFORMULIERUNG: *"Kommt es in letzter Zeit öfter vor, daß Sie Angst haben vor etwas, was auf dieser Liste steht?"*
(Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3021, 3065, 3084, 3090, 4011, 5062.)

Auffällig ist, daß bei jenen Delikten große Unterschiede in den Befürchtungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands bestehen, die - gemessen an den polizeilichen Kriminalstatistiken (vgl. Herm und Lapp 1991, Bundeskriminalamt 1992) nach wie vor ungleichmäßig - und zwar zugunsten der Ostdeutschen - verteilt sind. Geht man davon aus, daß sich hierin reale Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung abbilden und nicht Unterschiede in der Bereitschaft zur Anzeige des Deliktes, so bedeutet dies: die Kriminalitätsfurcht steht im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur objektiven Kriminalitätsbedrohung.

Offenbar vermag das Kriminalitätsvermögen die Furcht vor Kriminalität nicht allein zu prägen. Zusätzliche, psychosoziale Einflußfaktoren müssen mit einwirken und das Gefühl von Vulnerabilität bestimmen. Diese möglichen Einflußfaktoren reichen von der bisherigen Unvertrautheit mit dem Phänomen der Massenkriminalität, der fehlenden Gewöhnung an Kriminalität als Bestandteil nicht-

totalitärer Industriegesellschaften bis hin zur Furcht vor einer unsicheren Zukunft. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Massenmedien als Instanz gesellschaftlicher Wirklichkeitsvermittlung zu. Denn die meisten Bürger machen nur selten direkte Erfahrungen mit der Kriminalität, sei es als Opfer oder Zeuge eines kriminellen Geschehens. Weitaus häufiger sind es die Medien, in denen sie etwas über Kriminalität erfahren.

2.2 *Massenmedien und Kriminalitätsentwicklung als Determinanten der Kriminalitätsfurcht*

Für die Bürger der ehemaligen DDR stellen Berichte über Kriminalität eine neue Art der "Wirklichkeitserfahrung" dar. Zu Zeiten der DDR galt Kriminalität als eine Art Tabu-Thema, über das nicht berichtet werden durfte (vgl. Baier und Borning 1991, Albrecht 1992). In der offiziellen Ideologie wurde sie als typisches Merkmal kapitalistischer Gesellschaften gesehen, in kommunistischen Staaten galt sie entsprechend als bloßes Relikt der kapitalistischen Vergangenheit. In einer Gesellschaft, in der kaum oder gar nicht über Kriminalität berichtet wird und in der zugleich eine geringe Kriminalitätsrate vorherrscht, wird in dieser Weise langfristig bei der Mehrheit der Bürger der Eindruck entstehen, daß es eine nennenswerte Kriminalitätsbedrohung nicht gibt. Um so größer mußte das Erschrecken sein, als nach der Wende die Zensurbestimmungen entfielen und erstmals in größerem Stil über Kriminalitätsereignisse berichtet wurde. Sobald die Veränderungen in den Medieninhalten über Kriminalität mit den Veränderungen in der Realität gleichgesetzt wurden, mußte letztere viel spektakulärer erscheinen, als dies realiter der Fall ist.

Doch nicht nur die Medienberichterstattung hat ihren Anteil an der Erzeugung Kriminalitätsfurcht, auch die Realität der Kriminalitätsentwicklung selbst ist daran beteiligt und ebenso vermutlich das Ausmaß sichtbarer Polizeipräsenz. Nach den vorliegenden Statistiken zur polizeilich registrierten Kriminalität lag die Kriminalitätsbedrohung im Osten zur Zeit der "alten" noch nicht im Zerfall begriffenen DDR niedriger als im Westen (vgl. Baier und Borning 1991). Nach dem Zusammenbruch der DDR gab es eine Entwicklung, die bestehende Unterschiede reduzierte. Die Kriminalität im Osten stieg an, bezogen auf das Ausgangsniveau vermutlich stärker als im Westen. Völlig eingeebnet wurden die Unterschiede jedoch bislang nicht. Die möglichen Gründe für den Anstieg der Kriminalität in Ostdeutschland reichen von Anomieerscheinungen, dem Zusammenbruch bisheriger Werte und Normen, der Wahrnehmung reduzierter Sanktionsandrohungen bis hin zu verbesserten Gelegenheiten für Kriminalität (etwa durch die Ausbreitung von Supermärkten).

Zusätzlich dürfte das Unsicherheitsgefühl auch durch den Fortfall polizeilicher Präsenz in den Straßen verschärft worden sein: mag auch die frühere Kontrolle ein Gefühl von Überwachung vermittelt haben, so wird in der permanenten Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zugleich für viele auch ein Element von Sicherheit gelegen haben. Das Wissen und die "öffentliche Diskussion um die relative

Handlungsunfähigkeit der politisch diskreditierten, personell reduzierten und hochgradig irritierten Polizeikräfte dürfte von besonderer Wirkung gewesen sein. In der Kombination von veränderter Kriminalitätswirklichkeit und Fortfall äußerer polizeilicher Kontrolle wird sich um so eher ein Gefühl von Verletzlichkeit einstellen.

2.3 Kriminalität als Symbol einer generellen Verunsicherung?

Die beschriebenen Veränderungen können erklären, warum die Kriminalitätsfurcht im Osten gestiegen ist. Aber sie können nicht ausreichend erklären, warum dort - bei einem insgesamt geringeren Grad an objektiver Bedrohung - die Furcht größer ist als im Westen. Zwei Faktoren kommen hier vermutlich zusammen: zum einen die Tatsache, daß es bei der Kriminalität - ebenso wie in anderen Verhaltensbereichen - Gewöhnungsprozesse gibt. Zum anderen die Tatsache, daß die Kriminalität sich auch als Projektionsfläche für allgemeinere, diffuse Ängste eignet.

Menschen arrangieren sich in gewissem Umfang mit Gefahren: Sie können sich langfristig an sie anpassen, indem sie lernen, durch entsprechende Verhaltensänderungen damit umzugehen. Dies dürfte, so scheint es, bei den Bürgern der alten Bundesrepublik bis vor kurzem der Fall gewesen sein: gemessen an der Furcht vor Kriminalität nachts auf den Straßen und der Priorität, die der Kriminalitätsbekämpfung eingeräumt wird, vollzog sich seit Beginn der 70er Jahre bis zu Beginn der 90er Jahre eine "Entspannung". Subjektiv gesehen sank die Kriminalitätsbedrohung und die Beunruhigung durch Kriminalität -trotz steigender objektiver Kriminalitätsbedrohung (vgl. Reuband 1992a,b). Über die Menschen im Osten hingegen ist die Kriminalität zu unvorbereitet hereingebrochen, als daß sie Zeit gehabt hätten, sich mit diesem Geschehen zu arrangieren und selektive Anpassungsprozesse zu entwickeln.

Zu einem gewissen Grad ist die Angst vor Kriminalität im Osten wohl aber auch Projektionsfläche für tieferliegende Ängste vor einer ungewissen Zukunft. In einer Gesellschaft, in der das Leben weitestgehend reglementiert ist, dem Individuum in hohem Maße vorgegeben ist, wie es sich zu verhalten hat, und der Staat auch für die Zukunftsplanung sorgt - indem z.B. ein Arbeitsplatz auf Dauer zugewiesen wird -, besteht für den einzelnen ein Element von äußerer und innerer Verhaltenssicherheit. Die Welt, in der er lebt, ist überschaubar und in gewissem Umfang berechenbar. In dem Moment, wo diese Rahmenbedingungen entfallen, muß Verhaltensunsicherheit einsetzen. Und diese wird um so größer sein, je mehr Verhaltensbereiche durch den Wandel betroffen sind.

Daß die Angst vor Kriminalität zum Teil diese durch den sozialen Wandel freigesetzten Zukunftsängste widerspiegeln könnte, darauf deuten zwei Befunde aus den verfügbaren Umfragen hin: zum einen die Tatsache, daß die Beunruhigung durch Kriminalität bereits *vor* dem Zusammenschluß von Ost- und Westdeutschland einsetzte - in einer Zeit also, die vor dem eigentlichen Anstieg in der Kriminalität lag; zum anderen die Tatsache, daß in der Umfrage des Instituts für Demoskopie in der Liste möglicher Sorgen neben der Kriminalität eine

Angstdimension besonders starke Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen aufweist, die das Gefühl allgemeiner Zukunftsunsicherheit betrifft: "Daß alles immer komplizierter wird". Dies meinten im März 1992 nur 29% der Befragten in den alten, aber 50% in den neuen Bundesländern.

3. Auswirkungen auf Verhalten und Anfälligkeit für "Law and Order"-Maßnahmen

3.1 Strategien zur Vermeidung des Viktimisierungsrisikos

Wie reagieren nun die Menschen auf die Kriminalitätsbedrohung? Welche Strategien der Risikovermeidung ergreifen sie? "Man hört ja heute viel über Kriminalität und Verbrechen", heißt es in der Umfrage des Allensbacher Instituts. "Hier auf dieser Liste steht einiges aufgeschrieben, wie man sich da schützen kann. Ist da etwas dabei, was auf Sie zutrifft?" Die Antworten auf der Liste umfassen eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen im Bereich der privaten und der öffentlichen Sphäre. Nicht alle lassen sich im strikten Sinne als Reaktion auf Kriminalität deuten. Einige sagen nur etwas über den jeweiligen Lebensstil des einzelnen und die vorgegebene öffentliche Infrastruktur aus. Der Satz "Ich würde nachts nicht gern mit einer U-Bahn, mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren" ist z.B. nur dort aussagekräftig, wo diese Infrastruktur vorhanden ist und sie aus Kriminalitätsfurcht nicht genutzt wird. Ebenso ist die Aussagekraft über das Verhalten bei Hotelübernachtungen begrenzt, dürften doch wenige Ostdeutsche jemals im Hotel übernachtet haben. Einige Aussagen sind - wie etwa zum Hundebesitz - auch zu mehrdimensional, als daß man sie in striktem Sinne als Indikator für Reaktionen auf Kriminalität betrachten kann.

Gleichwohl kann man unter Berücksichtigung möglicher methodischer Störeinflüsse und unter Zugrundelegung der jeweils besser formulierten Indikatoren einen Vergleich zwischen Ost und West anstellen und erkennen, in welchen Bereichen die größten Unterschiede auftreten. Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, ergreifen die Bürger im Osten - im Einklang mit ihrer größeren Kriminalitätsfurcht - mehr Sicherungsmaßnahmen als die Bürger im Westen. Diese beziehen sich vor allem auf den Schutz vor Einbruch, etwa in Form einer zusätzlichen Türkette oder spezieller Sicherheitsschlösser.

Betroffen aber ist auch der öffentliche Raum. Daß es bestimmte Gegenden gibt, wo man nicht gern allein zu Fuß gehen möchte, meinen praktisch gleich viele Befragte in Ost und West. Aber wenn es um die Nutzung der Straße in der Nacht geht, werden größte Divergenzen offenbar. 28% der Bürger im Westen gehen nicht mehr abends auf die Straße, wenn es nicht sein muß; im Osten sind es 46%. Dieser Befund signalisiert eine erhebliche Beschränkung des Lebensstils und der Lebensqualität. Und er signalisiert zugleich eine Beeinträchtigung urbaner Lebensqualität - denn in dem Moment, wo Straßen abends nicht mehr genutzt werden, erstirbt auch das öffentliche Leben.

Tabelle 2: *Maßnahmen zum Schutz vor Kriminalität 1992 (in %)*

	West	Ost
Schutz vor Einbruch		
Ich habe zu Hause eine Alarmanlage eingebaut	6	5
Ich benutze zu Hause eine zusätzliche Türkette zur Absicherung	35	56
Ich habe spezielle Sicherheitsschlösser in meine Wohnungstür bauen lassen	26	58
Ich habe in den letzten Jahren eine Versicherung abgeschlossen, damit ich im Falle eines Einbruchs den Schaden ersetzt bekomme	28	35
Ich lasse nicht jeden Fremden in meine Wohnung	72	79
Ich habe die Fenster vergittert	3	1
Ich habe zu Hause einen Safe	6	2
Schutz vor Überfall		
Wenn es nicht sein muß, gehe ich abends nicht mehr auf die Straße	28	46
Es gibt bestimmte Gegenden, wo ich nicht gern allein zu Fuß gehe	43	44
Ich habe einen Kurs für Selbstverteidigung gemacht	3	4
Ich würde nachts nicht gern mit einer U-Bahn, mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren	44	48
Wenn ich abends weggehe, dann nur im Auto oder mit dem Taxi	18	14
Ich fühle mich sicherer, wenn ich keine Handtasche, keine Aktentasche trage	16	17
Ich habe meistens Tränengas oder anderes dabei, um mich gegen Angreifer zu schützen	6	13
Sonstige Maßnahmen		
Ich habe eine Alarmanlage im Auto	5	4
Ich erkundige mich, was ich für meine Sicherheit tun kann	8	15
Wenn ich im Hotel übernachte, gebe ich meine Wertsachen immer bei der Rezeption ab	17	5
Ich finde, man kann heute auch seinen Nachbarn nicht mehr trauen	5	9
Nichts davon	9	3

FRAGEFORMULIERUNG: *"Man hört ja heute viel über Kriminalität und Verbrechen. Hier auf dieser Liste steht einiges aufgeschrieben, wie man sich da schützen kann. Ist da etwas dabei, was auf Sie zutrifft?"*
(Quelle: Institut für Demoskopie, unveröffentlichte Tabellen, Studie Nr. 5062, März 1992.)

3.2 Einstellungen zu polizeilichem Handeln und Gesetzgebung

Geht man davon aus, daß das Gefühl von Bedrohung eine Voraussetzung für die Anfälligkeit für "Law and Order"-Denken ist, so müßte es angesichts des großen Bedrohungsgefühls bei den Menschen im Osten eine gewisse Disposition zu "einfachen Lösungen" in der Kriminalitätsbekämpfung geben. Dies ist - wie die Allensbacher Daten belegen - bislang jedoch nur zum Teil der Fall: Das Bild, das die vorliegenden Umfragebefunde erbringen, stellt ein Gemisch unterschiedlicher, liberaler und repressiver Positionen dar (Tabelle 3).

Im Bereich polizeilichen Handelns und der Gesetzgebung plädieren etwas mehr Ost- als Westdeutsche für ein härteres "Durchgreifen". Ob sie damit jedoch auch immer ein rigideres Vorgehen als die Westdeutschen wünschen, ist ungewiß: so denken sie z. T. wohl auch an die jeweilige Situation im Osten mit ihrer generell verunsicherten Polizei. Wäre die Polizei im Osten in der Ausstattung und Kompetenz der im Westen vergleichbar, wären die Unterschiede in den Einstellungen möglicherweise geringer.

Kaum Unterschiede gibt es in der Frage, ob es dem Bürger erlaubt sein solle, eine eigene Waffe zu tragen - lediglich 11% der Bürger West und 14% der Bürger Ost bejahen dies. Ebenso gering sind die Unterschiede in der Frage, ob man den Datenschutz lockern solle, um Kriminelle besser verfolgen zu können. Und schließlich sind auch in der Befürwortung der Todesstrafe - als Ausdruck einer besonders punitiven Sanktionsorientierung - die Unterschiede gering. 24% der Bürger in der alten Bundesrepublik sind nach der Allensbacher Umfrage "grundsätzlich dafür" und 29% der Bürger in den neuen Bundesländern.

Tabelle 3: *Befürwortung unterschiedlicher Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung (in %)*

	West	Ost
Durchsuchung von Wohnungen, auch ohne richterliche Anordnung (1)	45	69
Befürwortung privater Sicherheitsdienste (2)	61	72
Waffenscheinerwerb erleichtern (3)	11	14
Lockerung des Datenschutzes (4)	35	33
Befürwortung der Todesstrafe (5)	24	29

FRAGEFORMULIERUNGEN: *(1) "Manche Leute fordern eine Verschärfung der Polizeigesetze, so daß die Polizei verdächtige Personen gleich an Ort und Stelle ohne Haftbefehl verhaften kann, oder Wohnungen auch ohne richterliche Anordnung durchsucht werden können. Sind Sie alles in allem dafür, daß die Polizei schneller und schärfer zugreifen kann, oder sind Sie dagegen?" (2) "Es bieten ja inzwischen immer mehr private Firmen Sicherheits- und Wachdienste an. Finden Sie es gut, wenn zur Entlastung der Polizei verstärkt private Sicherheitsdienste eingesetzt werden, oder sollte es alleinige Aufgabe der Polizei bleiben, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen?" (3) "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob man leichter als bisher einen Waffenschein bekommen sollte. Wem von beiden stimmen Sie eher zu, dem oberen oder dem unteren?" (Vorlage eines Bildblatts: "Da die Polizei offenbar die Bürger nicht mehr ausreichend vor Verbrechen schützen kann, sollte es für die Bürger leichter möglich sein, einen Waffenschein zu erhalten. So könnte jeder wenigstens selbst für seine Sicherheit sorgen." (4) "Hier unterhalten sich zwei über die Datenschutz-Vorschriften in unserem Land. Wer sagt eher das, was auch Sie meinen, der obere oder der untere?" (Vorlage eines Bildblatts: "Bei uns in Deutschland haben Kriminelle doch ein leichtes Spiel, weil die strengen Datenschutzgesetze verhindern, daß die Polizei und andere staatliche Behörden untereinander Informationen austauschen dürfen. Wenn man in diesen Fällen den Datenschutz lockern würde, dann könnte man Kriminelle viel besser verfolgen." (5) "Sind Sie grundsätzlich für oder gegen die Todesstrafe?"*
(Basis: Repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie vom März 1992, Einstellung zur Todesstrafe vom Januar 1992, Quelle: Institut für Demoskopie (1992).)

Die Menschen in Ostdeutschland, so scheint es, sind von einer besonderen Anfälligkeit für punitive "Law and Order"- Orientierungen und von der Suche nach einfachen Aussagen noch weitgehend frei. Aber die Voraussetzungen dafür

sind aufgrund der überproportional großen Kriminalitätsfurcht vorhanden. Unter diesen Bedingungen wird es von der weiteren Entwicklung der Kriminalität und deren öffentlicher Thematisierung abhängen, wie sehr sich ein entsprechender Einstellungswandel im Lauf der Zeit ergeben wird.

Anmerkungen

1 Der Vorteil dieser Allensbacher Studie ist, daß sie über Fragen der Kriminalitätsfurcht hinausgeht und auf Fragen der Reaktion auf Kriminalität eingeht. Vergleiche auf der Ebene der Kriminalitätsfurcht lassen sich darüber hinaus über die IPOS-Studien (IPOS 1992) anstellen, ferner über eine jüngst durchgeführte, aber noch nicht publizierte Umfrage des Max-Planck-Instituts für internationales und ausländisches Strafrecht.

2 Als Basis des vorliegenden Beitrags dienen einerseits die Daten, die in der Dokumentation des Instituts für Demoskopie Allensbach zu einem FAZ-Artikel von E. Noelle-Neumann enthalten sind (Noelle-Neumann 1992), andererseits Zahlen, die freundlicherweise dem Verfasser vom Institut für Demoskopie aus dieser Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden.

Literatur

ALBRECHT, G., Koreferat zum Vortrag von G. Korfis: Soziologische Untersuchung von Ursachen sozialer Gefährdung bei Jugendlichen im Lehrlingsalter. In: Berliner Journal für Sozialforschung, 1992, S. 375-380.

BAIER, U./BORNING, A., Mysterium DDR-Kriminalstatistik. Kriminalistik, 4, 1991, S. 273-278.

BUNDESKRIMINALAMT, Polizeiliche Kriminalstatistik 1991. Wiesbaden, 1992.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 8.4.1992.

HERM, P./LAPP, M., Siegeszug der Kriminalität? Kriminalistik, 11, 1991, S. 741-743.

KÖLNER STADT-ANZEIGER, 29.6.1992, S. 4.

IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1991 in Deutschland. Ergebnisse jeweils einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern. Mannheim 1992.

NOELLE-NEUMANN, E., Die großen Volksparteien verlieren in der Gunst der Bürger. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.1992, 1992a, S. 5.

NOELLE-NEUMANN, E., Das Meinungsklima im April. Dokumentation des Beitrages in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. Mai 1992, 1992b.

REUBAND, K. H., Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44, 1992a, S. 341-353.

REUBAND, K. H., Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für "Law and Order"-Kampagnen. In: Zeitschrift für Soziologie, 21, 1992b, S. 139-147.

REUBAND, K. H., Steigt in der Bundesrepublik die Verbrechensfurcht? Ergebnisse neuerer Umfragen im Trendvergleich. Unveröffentlichtes Manuskript. Köln, 1992c.